

E-01 Neu	Vorschlag für ein Thema für den Europawahlkampf 2009:
	AntragstellerInnen: Silke Gebel, Karl Bär, Svenja Tidau, Rasmus Andresen, Sebastian Wunsch, Ska Keller

### **Vorbemerkung:**

Im Dezember 2007 hat die GRÜNE JUGEND eine Arbeitsgruppe zur Europapolitik eingesetzt. Die AG Europa hat verschiedene Aufgaben. Sie ist für eine Europadebatte in der GJ verantwortlich, sowie für die inhaltliche Arbeit an der Europawahlkampagne. Um die Schwerpunktthemen für den Europawahlkampf herauszukristallisieren, werden auf dem Bundeskongress 2008 in Würzburg fünf Themenvorschläge eingereicht, von denen drei die Schwerpunkte der Europakampagne der GRÜNE JUGEND im Wahlkampf sein sollen.

### Themen zur Auswahl:

#### **Migrationspolitik**

Seit im vergangenen Dezember unter anderem Polen und Tschechien dem Schengener-Abkommen entsprechend die Grenzkontrollen zur BRD abgeschafft haben, hat Deutschland keine Grenzen mehr. Als Deutsche StaatsbürgerInnen können in alle Richtungen reisen, ohne einen Reisepaß vorzeigen zu müssen, wir müssen nichteinmal einen haben. Man kann heute weitgereist sein, ohne überhaupt zu wissen, daß es Grenzen gibt.

Doch es gibt noch Grenzen, hohe Zäune mit Stacheldraht und Überwachungskameras, die von schwerbewaffneten Uniformierten bewacht werden. Die Erweiterung der EU und des Abkommens von Schengen verschiebt die Grenze nach außen, für alle die draußen sind bleiben sie zu. Metal-Musik-Fans aus Serbien können nicht einfach nach Wacken fahren. Das ist falsch und ungerecht, aber sie können das verkraften. Doch den Rechtsstaat, Freiheit, Gerechtigkeit oder Nahrung kann man sich nicht auf Kasette anhören.

Das Asylrecht, das aus guten Gründen teil des Grundgesetzes und der Menschenrechte ist, gibt es in vielen EU-Staaten kaum mehr. Der Vertrag von Dublin schreibt fest, daß niemand in zwei EU-Mitgliedsstaaten Asyl beantragen darf und daß, wer über einen "sicheren Drittstaat" einreist, dort Asyl beantragen muß. WelcherE VerfolgtE kann es sich leisten, nach Deutschland oder Schweden zu fliegen?

Wir schotten uns ab. Und die EU-Mitgliedsstaaten im Süden, zu denen die MigrantInnen aus armen Ländern noch kommen können, fordern von den anderen Hilfe. MigrantInnen werden wie eine Katastrophe gesehen, die man sich mit allen Mitteln vom Leib halten will. Deswegen ertrinken jährlich ein paar Tausend Menschen im Mittelmeer oder hausen unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern in Nordafrika oder an der Grenze zum Osten.

Es ist unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß an den Grenzen des Raumes von Freiheit, Sicherheit und Recht, der die EU sein will, Blut klebt und fließt und gegen den Rassismus und die

Angst zu kämpfen, die unmenschliche Politik mehrheitsfähig machen.

### **Jugend und Partizipation**

Mitmachen ist auf Länderebene schwieriger als auf kommunaler Ebene; auf Bundesebene schwieriger als auf Länderebene und auf der Europaebene am schwierigsten. Doch eine Staatenvereinigung sollte unserer Meinung nicht (nur) auf MinisterInnentreffen und in Glaspalästen zum Ausdruck kommen. Europa gehört den EuropäerInnen und sie sollen über Europa (mit-)entscheiden. Dazu braucht es Partizipationsmöglichkeiten, wie ein BürgerInnenbegehren, Konsultationen, Beschwerde- und Fragestellen etc. Einige dieser Methoden werden bereits praktiziert; Konsultationen zum Beispiel. Doch davon weiß niemand etwas; höchstens NGOs die sich europaweit vernetzen. Vor allem das Mitspracherecht von jungen EuropäerInnen braucht mehr Gewicht und darf sich nicht auf Appelle von KommissarInnen zur Mitwirkung beschränken - wie sollen wir mitwirken wenn es keine Möglichkeiten dazu gibt? Zur Mitentscheidung gehört auch eine Europäische Medienlandschaft. Bis jetzt kann noch jedeR RegierungschefIn jeden Misserfolg als Vorgabe von Brüssel; und jeden guten Beschluss des Europaparlaments als eigenen Erfolg verbuchen. Das Bild von Europa wird oft durch die nationale Brille gefärbt. Wir brauchen eine unabhängige, zugängliche Medienlandschaft, die Europa den Menschen verständlich macht und ohne eigene politische Interessen darstellt. Wir sehen Partizipation als ein Grundpfeiler eines demokratischen, transparenten und bürgerInnennahen Europas und möchten dieses Thema deshalb im Europawahlkampf aufgreifen.

### **Soziales Europa**

Bis jetzt ist Europa nicht sozial. Von Brüssel kommen Vorgaben an die neuen Mitglieder, Geld im Sozialbereich einzusparen; Soziales ist momentan ein Synonym für "Arbeitslosenvermeidungsstrategie". Das ist auch kein Wunder; schließlich entstand die Union für Kohle und Stahl als reiner Wirtschaftspakt. Mittlerweile hat sich allerdings das Aufgabenfeld der EU erweitert und die Kommission und der Europäische Rat sollten zur Kenntnis nehmen, dass sie nicht nur die Wirtschaftsinteressen vertreten können. Eine Europäische Sozialpolitik hat Chancen und Risiken: sie kann die Standards in einigen Staaten anheben; in anderen könnte sie einen Niedergang der Sozialpolitik verantworten. Wir müssen uns genau klar machen, was wir wollen und erwarten von einer EU Sozialpolitik und was nicht. In Frankreich und den Niederlanden haben die WählerInnen den letzten Verfassungsentwurf auch wegen der fehlenden Sozialpolitik abgelehnt. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, knapper Kassen und Druck von allen Seiten ist es notwendig, dass die Sozialpolitik endlich einen Platz in Europa bekommt. Damit die EU endlich eine BürgerInnen-Union wird und keine Wirtschaftsunion bleibt.

### **Umwelt- und Energiepolitik**

In Anbetracht der massive globalen Umweltprobleme bedarf es eines entschlosseneren Handelns der Europäischen Union.

Die Grundlage ihrer Existenz, die engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, muss um die verbesserte Kooperation bei der Bekämpfung und Vermeidung von Umweltschäden erweitert werden!

Mit der Einrichtung der europäischen Umweltagentur 1994, dem Vertrag von Amsterdam und Schaffung einheitlicher Standards z.B. für Trinkwasser konnten erste Erfolge im Umweltschutz erreicht werden.

Mit dem Klimawandel steht die EU vor einer neuen Herausforderung, der es zu begegnen gilt.

Ein ganzheitliches Konzept für den innereuropäischen Güter- und Personenverkehr sowie eine Stärkung der regenerativen Energiegewinnung sind dringend erforderlich um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Ein Renaissance der fossilen Brennstoffe darf es nicht geben!

Die EU muss ihrer Bemühungen im Bereich der Energieerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser weiter ausbauen und intensivieren. Das KnowHow gilt es kooperativ zu nutzen!

Desweiteren sind einheitliche Richtlinien zum Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft von Nöten um die Artenvielfalt zu erhalten. Pflanzen und Tiere interessieren sich nicht für nationale Grenzen....

Als Global Player hat die EU die Verpflichtung sich international verstärkt für die Belange der Umwelt einzusetzen!

Hierbei darf sie den Konflikt mit den USA, China, der WTO oder anderen Industrienationen und Organisationen nicht scheuen.

### **BürgerInnenrechte**

Auf dem Feld der Menschenrechte ist die Europäische Union im internationalen Vergleich Vorreiterin. Mit den Anreizen die Menschenrechtskriterien der Kopenhager Kriterien im Erweiterungsprozess zu erfüllen und der Implementierung der Grundrechtecharta in europäisches Recht werden heutzutage mehr Grundrechte als noch vor 20 Jahren in Europa (zumindest theoretisch) geachtet. Die Wahrung von gewissen Grundrechten ist aber leider noch nicht mal in der EU und vor allem nicht in vielen Nachbarstaaten eine Selbstverständlichkeit. Sei es Polen oder Spanien in Fragen der Diskriminierung oder Unrechtsstaaten wie Weißrussland und Russland, die an die EU angrenzen. Hier muss die EU klar für Menschen- und BürgerInnenrechte eintreten. Starke Grüne im Europäischen Parlament können dem eine laute Stimme verleihen.

Doch auch nach innen gibt es noch eklatanten Nachholbedarf: Vorratsdatenspeicherung, Onlinedurchsuchung, Fluggastdatenspeicherung. Viele der Verordnungen, gegen die die GRÜNE JUGEND in Bündnissen für mehr Freiheit kämpft, kommen durch die europäische Ebene, verabschiedet von den nationalstaatlichen InnenministerInnen. Allerdings bedeutet EU in dieser Frage nicht immer Rückschritt im grünen Sinne: Mit der Grundrechtecharta werden in Deutschland selbstverständliche Rechte für alle Länder der EU rechtsgültig. Klar ist jedoch, dass das Recht auf informelle Selbstbestimmung auch auf europäischer Ebene verankert werden muss.